

DGB Wiesbaden Rheingau-Taunus

Die Linke. Wiesbaden
Büdingenstraße 8
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-36 02 49 55
Mail: Kreisvorstand@dielinke-wiesbaden.de
Web: dielinke-wiesbaden.de

Bankverbindung:
Wiesbadener Volksbank eG
Konto: 430 2605
BLZ: 510 900 00

Wiesbaden, den 07.08.2017

Antwort auf Fragen zur Bundestagswahl

Liebe Manuela,
lieber Sascha,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen Dank für die Fragen des DGB zur Bundestagswahl 2017, die ich als Kandidat der LINKEN hiermit gerne beantworte. Insbesondere ist mir der Zusammenhang zwischen guten Löhnen und guter Rente sehr wichtig: Soziale Sicherheit wird durch prekäre Beschäftigung, durch schlechte Löhne, durch Hartz-IV-Sanktionen und durch die Rentenkürzungen extrem bedroht.

Als gewerkschaftspolitischer Referent, langjähriges Verdi-Mitglied und politisch Aktiver bin ich mit den Forderungen und Positionen der Gewerkschaften gut vertraut und möchte sie gerne zur Bundestagswahl stärken. Gemeinsam müssen wir das Lohnniveau von Normal- und Geringverdienern erhöhen, mehr soziale Sicherheit für alle erreichen und Armut auch bei Arbeitslosigkeit und im Alter verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Adrian Gabriel
Kandidat zur Bundestagswahl

DGB-Fragen an die Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2017



1. Sind Sie bereit, gegen die geplante Erhöhung der Militärausgaben von derzeit 30 Mrd. Euro auf ca. 70 Mrd. Euro zu stimmen?

Die Erhöhung der Militärausgaben auf bis zu 70 Milliarden Euro pro Jahr lehne ich aus folgenden Gründen grundsätzlich ab:

- Wir brauchen weltweite Abrüstung, statt Aufrüstung und Waffenexporte.
- Wir brauchen mehr Geld für Bildung, Soziales und Infrastruktur statt fürs Militär.
- Wir brauchen Friedensinitiativen statt mehr Konfrontation und Krieg.

Immerhin zeigt die von CDU und Teilen der SPD/FDP mitgetragene Forderung nach einer Erhöhung der Militärausgaben um zig Milliarden pro Jahr: Es ist genug Geld da für Umverteilung! Wir können und müssen es verwenden, um den Ursachen von Krieg und Armut zu begegnen.

2. Wie stehen Sie zur Einführung eines gesetzlichen Personalschlüssels in der Kranken- und Altenpflege für eine humane Versorgung der PatientInnen und zur Entlastung der Beschäftigten?

DIE LINKE setzt sich sowohl auf Betriebs-, als auch Parlamentsebene seit Jahren für einen verbindlichen Personalschlüssel in der Kranken- und Altenpflege ein. Wir haben den [Pflegernotstand in unserer Kampagne „Das muss drin sein“](#) zu einem Schwerpunkt und mit bundesweiten Aktionen und parlamentarischen Initiativen deutlich gemacht:

- Es fehlen 100.000 Pflegekräfte!
- Wir brauchen eine Aufwertung des Pflegeberufes und dringend mehr Personal!
- Die Arbeitsbelastung und Bedingungen in der Pflege sind für Personal und Pflegebedürftige teils untragbar!
- Zu besseren Arbeitsbedingungen gehören dringend ein verbindlicher und angemessener Personalschlüssel!

DIE LINKE setzt sich für ein grundsätzliches Umsteuern in der Gesundheitspolitik ein. Die große Koalition aus CDU und SPD ist anhaltend nicht in der Lage, die gravierenden Probleme zu lösen. Dazu gehört u.a.:

- Die gesetzliche Versicherung muss gestärkt und wieder paritätisch finanziert werden, alle müssen einzahlen, die Beitragsbemessungsgrenze ist aufzuheben.
- Das System der Fallpauschalen muss abgeschafft werden. Für DIE LINKE steht der Mensch im Mittelpunkt der Pflege, nicht Profite.
- Bauliche und personelle Ressourcen sind finanziell und rechtlich zu stärken.

3. Wie stehen sie zu den DGB-Forderungen zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen und einem gesetzlichem Rückkehrrecht von Teilzeit- in Vollzeitarbeit?

Auch für diese Forderungen des DGB setzt sich DIE LINKE seit Jahren intensiv auf betrieblicher Ebene und in den Parlamenten ein. Wir möchten prekäre Beschäftigung so weit wie möglich zurück drängen. Neben dem Missbrauch von Werksverträgen und Leiharbeit gehört dazu auch die Willkür, denen Beschäftigte durch sachgrundlose Befristungen und die Verweigerung von Rückkehrrechten in (Vollzeit-)Beschäftigung ausgesetzt sind. In unserem Wahlprogramm heißt es dazu auf Seite 13 u.a.:

*„Wir wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis, das für alle Menschen soziale Sicherheit ermöglicht und auf individuelle Lebenslagen Rücksicht nimmt: Die Löhne müssen für ein gutes Leben und für eine Rente reichen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Arbeit darf nicht krank machen, sie muss planbar und mit dem Leben mit Kindern vereinbar sein. **Arbeit muss für alle Menschen sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch mitgestaltet sein.** (...)*

*Immer mehr Menschen hangeln sich jahrelang von einem befristeten Job zum nächsten. Jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag ist befristet. DIE LINKE fordert daher die **ersatzlose Streichung der »sachgrundlosen Befristung«** aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz. Sachgründe müssen strikt beschränkt, Kettenbefristungen verboten werden“*

4. Der DGB fordert die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Stimmen Sie dem zu?

Ja, siehe auch die Antwort auf Frage 2, wonach sich DIE LINKE für ein grundsätzliches Umsteuern in der Gesundheitspolitik einsetzt:

- Die gesetzliche Versicherung muss gestärkt und wieder paritätisch finanziert werden, alle müssen einzahlen, die Beitragsbemessungsgrenze ist aufzuheben.
- Das System der Fallpauschalen muss abgeschafft werden. Für DIE LINKE steht der Mensch im Mittelpunkt der Pflege, nicht Profite.
- Bauliche und personelle Ressourcen sind finanziell und rechtlich zu stärken.

Im Wahlprogramm der LINKEN genießen [gesundheitpolitische Forderungen und Vorschläge](#) eine hohe Bedeutung und sind ausführlich dargelegt (S.29-37).

5. Wie stehen Sie zur Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und der Erbschaftssteuer?

„UmSteuern und UmFairteilen!“ DIE LINKE als einzige Partei mit Vorschlägen für eine andere, sozial gerechte Steuerpolitik in den Bundestagswahlkampf. DIE LINKE steht dem DGB dabei grundsätzlich nah und hat z.T. weitergehende Vorschläge, z.B. bei der Vermögenssteuer. Grundsätzlich möchten wir Kapitalerträge, große Vermögen und Erbschaften stärker besteuern und Arbeit und Arbeitseinkommen bis 72.000 Euro im Jahr entlasten. Das wäre sozial gerecht und vernünftig, weil die Schere zwischen arm und reich inzwischen exorbitant auseinander klafft und der Staat sich seiner investiven, sowie sozialen Aufgaben annehmen muss.

[DIE LINKE rechnet in ihrem Steuerkonzept](#) mit 180 Milliarden möglichen Mehreinnahmen. Das klingt gigantisch, ist es auch. Allein durch Bekämpfung der Steuerflucht, sowie durch moderate Steuererhöhung für Einkommensmillionäre können weit über 100 Milliarden pro Jahr mehr eingenommen werden! Es ist den meisten Menschen gar nicht bewusst, wie exorbitant reich wenige Menschen in Deutschland sind - im Gegensatz zu Millionen Armutsbedrohten und Mittelstand - und wie unglaublich groß die Steuerflucht und Verschwendung weniger sind. Tatsächlich haben 40 Prozent aller Menschen in Deutschland heute weniger, als in den neunziger Jahren! Hingegen hat die Anzahl weniger Milliardäre und Einkommensmillionäre, sowie die Macht von Kapital und Konzernen stetig zugenommen. Ein „UmSteuern“ und „UmFairteilen“ ist auch aus demokratischen Gründen dringend nötig. Der Staat braucht Geld für Investitionen und Schuldenabbau.

6. Würden Sie der Forderung zur Rücknahme der Rente mit 67 zustimmen und welches Rentenniveau sollte aus Ihrer Sicht kurz- und langfristig erreicht werden?

Erstens: Ja. Die Rentenverschiebung von 65 auf 67 war Teil einer großen Rentenkürzung und muss zurück genommen werden. Millionen droht Altersarmut, trotz lebenslangem Arbeiten oder Riester-Rente. Leider wurde die Kürzung und Teilprivatisierung der Rente durch SPD und Grüne durchgesetzt, CDU und FDP werden dies weiter forcieren und die AfD die Rente am liebsten komplett privatisieren. **DIE LINKE kämpft hingegen für eine Stärkung der gesetzlichen Rente.** Beispielgebend ist z.B. Österreich, in dem Arbeitgeber bis zu 70 Prozent und alle Versicherten gesetzlich einzahlen. Das Rentenniveau ist dort fast doppelt so hoch wie in Deutschland, bei ähnlichen wirtschaftlichen Bedingungen. Das alles bedeutet für mich nicht, flexible Eintritte in den „Ruhestand“ auszuschließen und auf Wunsch oder Bedarf länger am Arbeitsleben teilnehmen zu können – nur eben nicht unter purem Zwang oder Ausweglosigkeit.

Zweitens: Schnellstmöglich sollte das Niveau der gesetzlichen Rente zurück auf die ehemals 53, statt aktuell 48 oder politisch anvisierten 42 Prozent! Nimmt man Zusatzbeiträge und Steuerbeiträge hinzu, so wurden die Renten um etwa 25 Prozent gekürzt! Für Millionen Menschen ist Altersarmut absehbar, obwohl wir in einem der reichsten und produktivsten Länder der Welt leben. Das muss und das kann nicht sein!

Wegen seiner hohen Bedeutung ist das Thema [Rente ein Schwerpunkt im Wahlprogramm](#) (ab Seite 23) und im Bundestagswahlkampf der LINKEN.

7. Die GdP fordert sowohl auf institutioneller als auch auf gesellschaftlicher Ebene (z. B. Bekämpfung der Islamophobie, Ausbau der Sozialarbeit) islamistische Radikalisierung zu bekämpfen. Für welche Maßnahmen werden Sie sich einsetzen?

Soweit möglich müssen soziale, gesellschaftliche und ideologische Ursachen von Gewalt oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bekämpft werden. Wir wollen eine Gesellschaft des Miteinanders in Vielfalt, statt Hass und Ausgrenzung. Rassismus und Gewalt gehen gar nicht, egal von wem. Viele Konflikte haben soziale und gesellschaftliche Ursachen. Die aktuelle Politik vertieft Konflikte, statt Bildung, sozialen Ausgleich und Aufklärung zu stärken, die die beste Prävention gegen Radikalisierung und Hass sind.

Wo Prävention scheitert, muss der Staat konsequent handeln können. Hass und Gewalt dürfen nicht propagiert und kriminelles Handeln nicht hingenommen werden. Dazu sind Polizei und Justiz rechtlich wie materiell notwendig auszustatten – was aber nicht der Fall ist: Einem Wirrwarr föderaler Kompetenzen und bürgerrechtlich nicht hinnehmbaren Sicherheitsgesetze steht Personalnotstand gegenüber. DIE LINKE kämpft seit Jahren für mehr Personal und bessere Bezahlung bei Polizei und Justiz einerseits und der Stärkung der Bürger- und Freiheitsrechte durch den Gesetzgeber andererseits.

Wegen weiteren Informationen und Fragen können Sie sich gerne jederzeit an mich wenden.

Adrian Gabriel – LINKE Wiesbaden